

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/46

7. März 1973

Das Bodenrecht hat drei Beine

Notwendige Reformen für die Gemeinschaft

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 bis 3 / 119 Zeilen

Die Geschlossenheit steht nicht in Frage

"Gruppenbildung" in der SPD-Fraktion nicht
dramatisieren

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 4 und 5 / 61 Zeilen

Journalisten-Reglement der DDR

Anmerkung zur kommunistischen Praxis

Seite 6 / 42 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die SPD und ihre Jusos

Seite 7 bis 9 / 158 Zeilen

Das Bodenrecht hat drei Beine

Notwendige Reformen für die Gemeinschaft

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Bodenreform ist überfällig. Erstmals seit 1949 ist dieses Problem eine vordringliche gesellschaftspolitische Aufgabe der Regierungsarbeit: Willy Brandt sprach in seiner Regierungserklärung ungeschminkt von der drohenden Gefahr inhumaner Verdichtungsgebiete, vom Zusammenhang zwischen Funktionsfähigkeit der Städte und der Lebensqualität der Bürger sowie von den krasen Auswüchsen und schädlichen Übertreibungen des ökonomischen Prinzips als der eigentlichen Ursache der gravierenden Fehlentwicklung in unseren Städten und der Zersiedlung unserer Landschaft.

Die Ursachen liegen tief. Das geltende Bodenrecht behandelt Grund und Boden wie jede andere Ware: Sein Preis und weithin auch seine Nutzung werden nach Marktgrundsätzen bestimmt. Zudem ermöglicht es einigen wenigen mühelose, leistungslose und überdies steuerfreie Gewinne, die letztlich die Gemeinschaft zu bezahlen hat. Die Bodeneigentümer besitzen eine monopolartige Stellung. Dem Wettbewerb mit anderen Anbietern sind sie weithin entzogen. Dieser Zustand widerspricht den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit; er ist ein Hohn für all jene, die ihr Einkommen durch mühsame Arbeit verdienen.

Es läßt sich nicht leugnen: Die Akkumulation von Vermögen, das nicht auf Leistung oder Konsumverzicht beruht, erreichte in der Bundesrepublik ein immenses Ausmaß. Diesen Prozeß der Fehlakkumulation haben kürzlich Wissenschaftler mit eindrucksvollen Zahlen belegt. Danach betrug die Gesamtwertsteigerung aller Bodenflächen in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1970 rund 650 Milliarden DM. Die mühelosen Gewinne weniger aber hatten bislang die Mieter, Bausparer und Steuerzahler zu finanzieren.

Nur reale Reformen können hier Abhilfe schaffen. Das Grundgesetz, und dies hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt, läßt

hierzu den notwendigen breiten Raum. Der Verfassungsauftrag und die Karlsruher Verfassungsinterpretation, das Eigentum sozial zu binden und die Bodennutzung nicht "dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte" zu überlassen, haben ihren Ursprung jedoch keineswegs in utopischen oder gar eigentumsfeindlichen Theorien. Vielmehr sind sie die notwendigen Voraussetzungen einer demokratisch und rechtstaatlich verfaßten Gesellschaft. Auch die Kirchen haben in ihrem gemeinsamen Memorandum zur Bodenrechtsfrage kürzlich das sozial ungebundene Eigentum nicht als "heilig und unantastbar" und somit als ewig bezeichnet: Eigentum ist kein letzter, sondern ein vorletzter Wert, dessen dienende Funktion zur Selbstverwirklichung des Menschen beitragen soll.

Wer die in Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums konkretisieren und praktikabel gestalten will, muß deshalb das Bodeneigentum in einer ersten Etappe seiner Privilegien entkleiden. Das von mir vorgelegte Arbeitsprogramm sagt deutlich: Die Reform des Bodenrechts hat drei Beine.

Erstens: Eine Novelle zum Bundesbaugesetz hat zunächst die dringlichsten Engpässe und Mängel zu beseitigen. Dazu gehören die Instrumente eines Bau-, Modernisierungs- und Abbruchgebotes zur Durchsetzung und Sicherung der Planung; dazu gehören ein preislimitiertes Vorkaufsrecht der Gemeinden, die Reform des Enteignungs- und Entschädigungsrechts sowie die Einführung eines Planungswertausgleichs.

Damit wird letztlich der unhaltbare Zustand ausgeräumt, der die Gemeinden bisher zwingt, Planungsschäden aus öffentlichen Kassen auszugleichen, während Planungsgewinne dem Bodeneigentümer ohne Gegenleistung zufallen. Die bereits in der vergangenen Legislaturperiode vorbereitete Novelle wird als ein wesentliches Teilstück der sozialdemokratischen Reformkonzeption jetzt verwirklicht.

Zweitens: Zur Bekämpfung des Preisanstiegs auf dem Bodenmarkt und zur Verbreitung des Bodenangebots wird eine Bodenwertzuwachssteuer durch die Einführung eines zeitnahen Bodenbewertungssystems

vorbereitet.

Deutlich ist dabei zu sagen: Niemandem wird dadurch sein Eigentum "weggesteuert". Vielmehr werden normale Wertzuwächse, landwirtschaftlich und eigengenutztes Eigentum sowie Eigentümer, die sich zur Erhebung der Kostenmiete verpflichten, von der Bodenwertzuwachssteuer ausgenommen. Dadurch wird die Überwälzung der Steuerlast auf Mieter und Käufer verhindert, werden Kleineigentümer, Eigenheimbesitzer und Landwirte von zusätzlichen Lasten verschont. Hingegen soll die Bodenwertzuwachssteuer gerade die inflatorisch anwachsenden, leistungslosen großen Wertsteigerungen treffen. Die Vermögenskonzentration, die Bodenspekulation und eine schädliche städtebauliche Entwicklung werden dadurch nachhaltig gebremst.

Drittens: Komplizierte hoheitliche Planungsaufgaben greifen bei extrem raschem Nutzungswandel, bei komplexen Stadtbaustrukturen und bei enger Verzahnung öffentlicher und privater Bauprojekte nicht detailliert und flexibel genug. In einer weiteren Phase der Reform ist deshalb zu überlegen, ob neben den schon bestehenden Eigentumsformen wie Volleigentum, Erbbaurecht und Wohnungseigentum auch noch andere dinglich-rechtliche Eigentumsformen zur Diskussion gestellt werden sollen.

Das Institut des Nutzungseigentums an Grund und Boden unterscheidet sich vom Volleigentum lediglich dadurch, daß es nicht veräußert werden kann und in der Regel entsprechend der Lebensdauer des darauf errichteten Gebäudes zeitlich befristet ist. Markt, Wettbewerb, Knappheitspreis und private Investitionsmöglichkeit bleiben dadurch in einem sinnvollen Rahmen, insbesondere im Gebäudesektor, voll erhalten.

Nutzungseigentum kann vor allem in den Fällen sinnvoll sein, in denen Städte Grund und Boden an Private veräußern. Gerade hier hat die Veräußerung von kommunalem Volleigentum immer wieder dazu geführt, daß die Erwerber solche Grundstücke alsbald mit hohem Gewinn weiter veräußern. Das Nutzungseigentum nimmt niemandem etwas weg. Im Gegenteil: Es macht mit der im Grundgesetz vorgeschriebenen Sozialbindung des Eigentums ernst und ist daher in besonderem Masse verfassungsgemäß.

Mit den angestrebten Reformmaßnahmen wird die Gemeinschaft buchstäblich wieder Boden unter die Füße bekommen.

(-/7.3.1973/bgy/ex)

Die Geschlossenheit steht nicht in Frage

"Gruppenbildung" in der SPD-Fraktion nicht dramatisieren

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

"Gallien zerfällt im ganzen in drei Teile..." so beginnt der allen Lateinschülern bekannte Bericht des Tacitus. An diese Formel fühlt man sich mehr und mehr erinnert angesichts der Veröffentlichungen über unterschiedliche Gruppen in der SPD-Bundestagsfraktion.

Der wirklichen Situation werden solche Schilderungen jedoch oft nicht einmal annähernd gerecht. Schablonenhafte Betrachtungsweise und der verständliche Trend zur Vereinfachung bringen zu meist das Bild säuberlich voneinander getrennter Heerhaufen, die mehr gegen- als miteinander ihre Ziele verfolgen. Die simple Unterscheidung in "Linke" und "Rechte" verstärkt diesen Eindruck.

Dem Kenner der Zusammenhänge stellt sich die Lage sehr viel differenzierter dar. Gruppierungen gibt es zwar. In gewissem Maße ist es dabei auch die Akzentuierung in der politischen Zielsetzung, durch die sie sich unterscheiden. Da aber sind schon Einschränkungen geboten; die Fixierung auf eine einheitliche Auffassung zu politischen Grund- oder auch Detailfragen gibt es nämlich nicht. Schon deshalb nicht, weil sich die Gruppen nicht sachlich oder personell abgrenzen, sondern offen sind - für interessierte Kollegen ebenso wie für abweichende Meinungen.

Diese Offenheit gilt es zu erhalten, nicht nur verbal, sondern auch organisatorisch. Wo erst Institutionen geschaffen werden, die zur Verfestigung eines bestimmten Teilnehmerkreises führen und andere ausschließen, ist es mit der Offenheit vorbei, und zur Gruppierung gesellt sich dann bald die Gruppendisziplin als wesentliches Element einer besonderen So-

lidarität, die nicht mehr die Solidarität der Partei schlechthin ist.

Wird diese Grenze beachtet, und das ist die bisherige Praxis, so können sich Gruppierungen als nützlich, wenn nicht gar als notwendig für das Funktionieren der Fraktionsarbeit und die Einbeziehung des einzelnen in den Informationsfluß erweisen. Manche Diskussion, die die Vollversammlung der Fraktion unnötig belasten würde, wird im Vorfeld solcher Gruppierungen geführt und erledigt. In diesem Bereich werden auch Informationen über die Grenzen der durch die Fraktionssatzung vorgesehenen Gremien hinweg ausgetauscht, wie es die Fraktions-sitzung mit zuweilen mehr als 250 Teilnehmern in dieser Ausführlichkeit niemals gewährleisten könnte.

Dies alles gefährdet nicht die Einheit der Fraktion, sondern erhöht die Effizienz der in ihr geleisteten Arbeit. Wer sich innerhalb der Fraktion über Gruppierungen Sorgen machen sollte, mag die angesprochene Offenheit der Kreise in Anspruch nehmen und sich reihum sein Bild aus eigener Anschauung machen. Kassandrarufer wie Sensationsmeldungen außerhalb der Fraktion sind für die Erfassung der wirklichen Vorgänge von geringem Wert. Ebenso wenig freilich sind unerbetene Ratschläge hilfreich, in denen mit beachtlichem Publizitätseffekt Fraktionsmitgliedern ein bestimmtes Gruppenverhalten empfohlen wird.

Was notwendig und zweckmäßig ist, wo aber auch die streng zu beachtenden Grenzen liegen, wird in der Fraktion klar erkannt. So groß ist der Wahlsieg vom 19. November 1972 bei weitem nicht gewesen, daß Übermut jetzt die gewonnene Position aufs Spiel setzt. Mit Gallien, dem dreigeteilten, nahm es unter dem Ansturm der Feinde ein schlimmes Ende. Für die SPD-Bundestagsfraktion brauchen dies weder ihre Freunde zu fürchten noch ihre Gegner zu hoffen.

(-/7.3.1973/bgy/ex)

Das Journalisten-Reglement der DDR

Anmerkungen zur kommunistischen Praxis

Die DDR-Regierung hat sich mit der Stoph-Verordnung zur "Regulierung" der beruflichen Tätigkeit auswärtiger Journalisten in der DDR keinen Gefallen getan. Das Echo im westlichen Ausland und vor allem in der Bundesrepublik ist denkbar schlecht. Diese Reglementierung der journalistischen Arbeit und ihre Bindung an den bürokratischen Apparat der DDR konnte kaum einen anderen Widerhall finden, weil sie mit den Vorstellungen des Westens von der Freiheit der Presse und mit der im Westen geübten Praxis nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Dabei wird man in der Bundesrepublik zusätzlich daran erinnert, daß die hier tätigen DDR-Journalisten in ihrer Arbeit und Bewegungsfreiheit praktisch den westdeutschen Journalisten gleichgestellt sind, wenn man von einigen Schönheitsfehlern absieht, die überdies zumeist auf Mißverständnissen und Ungeschicklichkeiten beruhen.

Zweckmäßigerweise wird man darauf hinzuweisen haben, daß die jetzt in der DDR eingeführte "Reglementierung" auswärtiger Journalisten den Gegebenheiten im ganzen Ostblock-Gebiet entspricht, wo man sie bisher widerspruchslos hingenommen hat. Die DDR-Regierung hat sich also keine Besonderheit zugelegt. Die Stoph-"Regeln" haben nur deshalb ihr großes Negativecho gefunden, weil sie die Hoffnungen, die im Anschluß an den Grundvertrag über völlige journalistische Freizügigkeit in der DDR gehegt worden sind, nicht bestätigen. Man hätte sich praktischerweise mit dieser Möglichkeit rechtzeitig vertraut machen müssen, die jetzt Alltagspraxis geworden ist.

Die in der DDR akkreditierten bundesdeutschen Journalisten werden sich mit der DDR-Praxis wohl oder übel abfinden und mit ihr leben müssen. Man sollte der DDR-Regierung und ihren zentralen und lokalen Behörden Gelegenheit geben, sich mit der neuen Situation auch in diesem Bereich zurechtfinden zu können. Die DDR hatte sich bis zum Grundvertrag selbst eingebunkert: Das weite Öffnen vieler Türen ist für das Regime schmerzhaft, und dies umso mehr, als es ein kommunistisches Regime ist.

Diese Zeilen sollen den ungunstigen Tatbestand der Journalisten-"Reglementierung" nicht verschönern und nicht verniedlichen. Aber wir alle müssen mit dem Faktum DDR leben. Und dieses Faktum hat viele Aspekte, von denen uns viele nicht gefallen werden oder können. So bleibt vorerst nur die hoffende Erwartung, daß die Zeit auch hier heilt und bessert. Zeter-und-Mordio-Geschrei hilft dabei wenig. (ee/7.3.1973/bgy/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die SPD und ihre Jusos

Im Vorfeld des Bundeskongresses der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, der vom 9. bis 11. März in Düsseldorf stattfindet hat das Zweite Deutsche Fernsehen am 4. März Interviews mit dem Jungsozialisten-Bundesvorsitzenden Wolfgang Roth und des Bundesgeschäftsführers der SPD, Holger Börner MdB, ausgestrahlt. Angesichts des außerordentlichen Interesses, das der Juso-Kongreß findet, geben wir die beiden Interviews im Wortlaut wieder.

Frage: Ihrem bevorstehenden Bundeskongreß in Bad Godesberg haben Sie das Motto gegeben "Sozialismus, weil's vernünftig ist". Wollen Sie mit der Akzentuierung des Begriffes "Vernunft" Entwicklungen gegensteuern wie in München und wie in Frankfurt?

Wolfgang Roth: Nein, ich glaube, die Entwicklung in München und Frankfurt war bezogen auf die Juso-Position "vernünftig". Da haben Jusos sich ganz demokratisch um Mehrheiten bemüht und haben sie teilweise errungen. Unser Slogan setzt an an einer alten theoretischen Erkenntnis im Rahmen des wissenschaftlichen Sozialismus, daß die dem Kapitalismus nachfolgende Gesellschaftsordnung nicht irgendwas ist, was irgendwer erfindet oder plötzlich will, sondern daß das eine vernunftgemäße Entwicklung zu mehr Demokratie, mehr Mitbeteiligung der Menschen an den gesellschaftlichen Entscheidungen ist. Und ich habe den Eindruck, daß in den letzten Jahren dieser Aspekt des Sozialismus-Begriffes ein bißchen untergetaucht war im Rahmen von sehr spontanen Vorstellungen, und ich hatte den Eindruck, es ist sinnvoll, diesen Begriff mal wieder in Verbindung zu bringen: Vernunft und Sozialismus.

Frage: Hat dann eigentlich der Bundesvorstand der Jungsozialisten die Entwicklung noch voll im Griff, oder läuft die Basis davon - siehe STAMOKAP?

Wolfgang Roth: Wir haben in unserer Organisation - das unterscheidet uns zur KP ganz eindeutig - stets die Auffassung gehabt, bei uns soll es Gruppen geben, auch oppositionelle Gruppen. Bei uns gibt es Minderheiten-Schutz. Das heißt, der Bundesvorstand hat nie den Anspruch gehabt, die Entwicklung bei den Jusos im Griff zu haben. Wir halten das für undemokratisch.

Frage: Wären Sie auch für Gruppenbildung innerhalb der SPD-Fraktion?

Wolfgang Roth: Natürlich! Gruppenbildung ist überall in einer komplexen, großen Partei notwendig. So eine große Organisation ist in der Willensbildung nicht weiterzuentwickeln, es sei denn, es bilden sich Gruppen, die spezielle Themen theoretischer oder praktischer Natur erarbeiten und dann initiativ, spontan teilweise in die Organisation hineinragen. Eine Partei, die diese Gruppenbildung unterdrückt, würde in der Tat eine zentralistische Partei. Bezogen auf die Fraktion im Bundestag: Ich glaube, es war notwendig, endlich dieser sehr diskret tagenden Gruppe der "Kanalarbeiter", die ja vor allem personell orientiert waren in ihren politischen Verhaltensweisen, eine Gruppe entgegenzusetzen - Leverkusener Kreis -, die inhaltlich politische Alternativen mit in die Diskussion der

Fraktion einbezieht. Denn, wir hatten den Eindruck, daß die Fraktion ein bißchen am Rande der Diskussion der Partei lebt.

Frage: Sehen Sie denn nicht die Gefahr, bei dem SPD-Kurs zur "Neuen Mitte" in's Abseits zu geraten?

Wolfgang Roth: Also ich weiß nicht, was der SPD-Kurs zur "Neuen Mitte" ist. Wir hatten in den letzten Jahren Parteitage, z.B. Steuerreform-Parteitag. Da haben wir nach langer Diskussion einen Reform-Kompromiß entwickelt, gemeinsam. Die Regierung sagt im Augenblick, das sei nicht durchsetzbar wegen der FDP, da gäb's Leute, die wollten diese weitgehenden Steuerreformbeschlüsse noch nicht. Aber ich habe den Eindruck, nach dem Steuerreform-Parteitag waren die Beschlüsse gemeinsam getragen. Ganz ähnlich, glaube ich, wird es auf dem künftigen Parteitag Anfang April in Hannover sein: Langzeitprogramm, Bodenreform und ähnliche Themen. Das heißt, wir Jungsozialisten mit unseren Initiativen - denken Sie an Bodenreform, vor einigen Jahren mit vielen Konflikten in vielen Städten - setzen allmählich natürlich auch einzelne Aspekte um. Insofern, glaube ich, sind andere im Abseits, wenn sie versuchen, die Reformbeschlüsse der Parteitage nicht genügend ernstzunehmen, in der Fraktionsarbeit beispielsweise.

Frage: Werden Sie denn in Hannover einen offensiven Linkskurs vertreten. Gibt es da sowas wie ein gemeinsames Konzept der Linken?

Wolfgang Roth: Ja, ich weiß jetzt nicht, was "offensiver Linkskurs" heißt. Wenn Sie annehmen würden, daß das heißt, jetzt läuft man mit Plakaten rum "Wir wollen system-überwindende Reformen allgemein" oder "Wir wollen den Kapitalismus beseitigen allgemein", dann muß ich sagen, dann werden wir keinen offensiven Linkskurs fahren; denn wir sind der Auffassung: Parteitage der SPD dienen nicht dazu, Plakate rumzutragen, sondern daß man ganz konkrete reform-vorbereitende Arbeit leistet - sprich: Bodenreform. Wir müssen diskutieren, trägt das Privateigentum an Grund und Boden, wie es heute zu Spekulationen geführt hat, noch? Trägt dieses Privateigentum an hochkonzentrierten Produktionsmitteln noch, wie es heute entstanden ist und auch politisch sich auswirkt? Trägt es noch, wenn man Reformen tatsächlich will in der Gesellschaft? Und da bin ich der Auffassung, nein, wir brauchen hier Einschränkungen der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel. Insofern werden wir offensiv antreten in der Diskussion; aber wir werden ganz genau sagen, welche Reformen wir wollen - vom Bildungsbereich bis zu Fragen des öffentlichen Verkehrssystems.

Frage: Herr Börner, die Jungsozialisten möchten gerne ihren Einfluß auf die Führung der Partei verstärken, sie wollen also in die Vorstände einrücken - stärker als bisher, sie sind auch nicht ohne Erfolg in Bezirksverbänden und Landesverbänden. Bringt das eine Linksdrift der ganzen Partei? Wird das schon in Hannover auf dem Parteitag im April sichtbar werden?

Holger Börner: Zuerst, Herr Reiche, möchte ich sagen, daß ich es für durchaus legitim halte, daß junge Sozialdemokraten in die Vorstände aufrücken. Vor etwa zehn Jahren war ich selbst Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und ich glaube, es hat der Partei nicht allzu sehr geschadet, daß ich in den Vorstand gekommen bin. Das halte ich durchaus für legitim. Der Begriff "links" wird in der Diskussion zur Zeit so strapaziert, daß ich mich nicht näher an den Definitionsaussagen hier beteiligen will, sondern nur sagen möchte: Sicher den-

ken junge Menschen teilweise anders über die Lösung von gesellschaftspolitischen Fragen wie die Generation der heute Fünfzig- oder Sechzigjährigen. Aber das Ganze ist ein Diskussionsprozeß und auch ein Integrationsprozeß, und ich erwarte keine spürbare oder wichtige Veränderung des SPD-Kurses durch das Einrücken jüngerer Sozialdemokraten in politische Verantwortung. Die Bundestagsfraktion bietet einen Beweis dafür, daß das ein sehr harmonischer Prozeß sein kann, - daß Junge mit den Erfahrenen zusammen hier die gemeinsame Politik gestalten.

Frage: Solidarität und Einheit haben in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei immer einen hohen Wert und einen hohen Stellenwert gehabt; die Jungsozialisten streben jetzt danach, eine Gruppe zu bilden, andere Gruppen werden vielleicht dadurch entstehen. Ist das für die Partei eine irritierende Entwicklung im Sinne ihrer Geschichte?

Holger Börner: Es hat da und dort in der Geschichte der SPD Gruppen gegeben; das ist der Partei im ganzen nie gut bekommen. Und deshalb bin ich auch gegen die Abkapselung von Gruppen in der jetzigen politischen Diskussion. Ich meine, daß die Jungen sich integrieren müssen in die Gesamtpartei, und ich arbeite dafür, daß das so ist und daß sich nicht wieder welche abkapseln.

Frage: Die letzten Äußerungen der Jungsozialisten waren gegenüber dem Koalitionspartner FDP sehr kritisch - in Hessen, in Westfalen -, und die FDP hat das wiederum auch kritisch vermerkt. Kommt hier etwas herauf, was die Koalition in eine schlechtere Zusammenarbeit, in eine gewisse Gefährdung sogar, vielleicht bringen könnte, Herr Börner?

Holger Börner: Nein, es wird sicher keine Gefahr durch solche Äußerungen geben, die übrigens nicht nur von Jungsozialistenvertretern, sondern auch von anderen auf den von Ihnen genannten Parteitagern gemacht worden sind. Ich halte diese Art der Diskussion für falsch. Die Sozialdemokraten sind zusammen mit den Freien Demokraten in einem Bündnis, das der Wähler gewollt hat. Das Ergebnis vom 19. November sagt klar, daß wir den Auftrag haben, hier das zu verwirklichen, was wir den Wählern vor der Bundestagswahl als unsere Meinung vorgestellt haben. Und da kann man nicht darumherummäkeln, sondern da muß man das als einen Auftrag begreifen, der unsere Chance für 1976 so oder so bestimmen wird.

Frage: Zwischen einem Wort wie etwa "Systemveränderung" und der Regierungserklärung des Bundeskanzlers muß die Integration ja sein, es muß also zwischen - sagen wir - der "Neuen Mitte", wie es Willy Brandt formuliert hat, und dem, was die Jusos wollen, eine einheitliche Politik fortbestehen können; sehen Sie da irgendwelche jedenfalls schwierige, vorübergehende Zeitläufe?

Holger Börner: Ich sehe es so, daß natürlich die praktische Politik immer Gegenstand von Diskussionen sein wird; aber es gibt auch in den Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaften bemerkenswerte Abgrenzungsbemühungen gegen Leute, die hier wirklich an den Grundvoraussetzungen unseres demokratischen Zusammenlebens zu rütteln versuchen. Und ich halte das für eine sehr hoffnungsvolle Entwicklung, daß unter den jüngeren Sozialdemokraten solche Diskussionen in Gang kommen; und daß die große Mehrheit sich hier abgrenzt gegen Leute, die ein ganz anderes System wollen. Und deshalb habe ich auch die Hoffnung - ohne hier den Diskussionen des Juso-Kongresses vorgreifen zu wollen -, daß das Verhältnis von Sozialdemokraten und der jüngeren Generation durch das Wort "Integration" und nicht "Abkapselung" bestimmt wird.